

Das Herz Afrikas blutet, Redemanuskript

Reden/Artikel

Das Herz Afrikas blutet

Redemanuskript zur 49. Sitzung des 15. Deutschen Bundestages vom 6. Juni 2003 zum Bundeswehreinsatz für den Kongo

Das Herz Afrikas blutet. Menschen in Bunia warten auf Hilfe. Sie muss von außen kommen. Bunia, Region Ituri, im Nordosten der DR Congo. Früher eine Stadt, in der 150 000 Menschen wohnten, die meisten waren Hema und Lendu. In fünf Jahren überfielen zehn Mörderbanden die Stadt. Sie täuschten vor, ihre Ethnie zu schützen. Horden waren es, bis an die Zähne bewaffnet. Sie mordeten, vergewaltigten, raubten, vertrieben. Ihre Waffen: das Maschinengewehr, die Machete. Sie sind nicht auf zu halten, bisher. Wo sie auftauchen, explodiert die Angst. Gnade kennen sie nicht. Voll gestopft mit Drogen vernichten sie Leben, auch ihr eigenes. Heute leben in Bunia vielleicht noch 15 000 Menschen. Die Stadt ist nur noch ein Schatten ihrer Selbst, viele Häuser geplündert, ausgebrannt. Übrig geblieben sind Angehörige der Hema. Lendu sind verjagt, in den Wald geflohen. Wer Schutz sucht in Lagern, ist sich seines Lebens auch dort nicht sicher. Mörder streifen durch die Region, verbreiten Schrecken. Sie kennen keine Grenzen mehr. Recht haben sie außer Kraft gesetzt. Sie ziehen Spuren von Brutalität durch das Land. Das Morden muss gestoppt werden.

Der Sicherheitsrat der VN hat es beschlossen, die EU, die Regierungen in Kongo, Ruanda und Uganda stimmen zu. Der politische Wille ist da, die militärischen Möglichkeiten jedoch sind begrenzt. Kein Zweifel: nur rasches Eingreifen kann die Not wenden. Damit der Kreislauf der Gewalt durchbrochen wird, muss das Eingreifen unmittelbaren Erfolg versprechen. Deshalb müssen die eingreifenden Truppen wissen, was sie vor Ort antreffen. Rasch muss der Raum beherrscht werden. Es ist ein Raum voller Gefahren, unberechenbar und chaotisch. Wenige Tage stehen nur noch zur Verfügung, sich auf diesen Einsatz vorzubereiten. Er wird voller Risiken sein. Deutschland wird sich im Rahmen seiner operativen Fähigkeiten an diesem Mandat beteiligen.

Wir haben viele gemeinsame Interessen, Afrika ist der Nachbar Europas. Denn Sicherheit, Frieden und stabile politische Rahmenbedingungen sind die Voraussetzung für eine solide wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Die von Bundeskanzler Schröder auf den Weg gebrachte Friedens- und Sicherheitsinitiative für Afrika, der sog. Berlin- Prozess, wurde von der G8 und den NEPAD- Staaten auf dem Gipfel in Evian als eine große Anstrengung der Bundesregierung anerkannt und gelobt. Der Plan sieht Maßnahmen vor, die dazu beitragen sollen, dass bis zum Jahre 2010 afrikanische Regionalorganisationen eigene friedenserhaltende Operationen durchführen können. Militärische, polizeiliche und zivile Kapazitäten auf dem afrikanischen Kontinent sollen damit gestärkt werden.

Die Unterstützung der G8 baut auf den verstärkten und auf sichtbare Pilotprojekte konzentrierten Ausbau der sicherheitspolitischen Organe der Afrikanischen Union, der Regionalorganisationen und der afrikanischen Staaten. Afrika soll langfristig dabei unterstützt werden, die im Rahmen der Afrikanischen Union vorgesehene afrikanische Eingreiftruppe für friedenserhaltende Einsätze zu mobilisieren und über einen längeren Zeitraum kontrolliert einzusetzen. Dazu gehören

*

den Aufbau eigener militärischer , polizeilicher und ziviler Kapazitäten zu unterstützen

*

die Entwicklung afrikanischer Fähigkeiten zur Leistung humanitärer Hilfe zu fördern

*

bei der Einrichtung eines afrikanischen Netzwerks regionaler Konfliktfrühwarnsysteme zu helfen

*

den Aufbau Regionaler Peacekeeping- Ausbildungszentren aufzubauen

*

gemeinsame Manöver durchzuführen und die afrikanischen Friedenseinsätze in Afrika zu unterstützen.

Die Schwerpunkte der Bundesregierung bei der Umsetzung dieses Plans liegen vor allem auf der Förderung der regionalen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, der Konfliktnachsorge und der Förderung von Friedensprozessen. Herausragendes Beispiel ist der Bau und die Ausstattung des Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre in Accra/Ghana, dessen Eröffnung für Herbst 2003 vorgesehen ist (vollständige Finanzierung von deutscher Seite).

Afrika braucht uns. Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung viel mehr als zuvor. Drei Dimensionen haben sich seither geöffnet. Neben den großen Mächten und ihren Beziehungen - die eine Dimension - gibt es zwei weitere, aufbrechende Regionalkonflikte, die „vergessenen“ oder „eingefrorenen“ und die asymmetrischen Konflikte. Quer zu ihnen verlaufen und schüren sie, wenn Staaten zerfallen. Die afrikanische Staatenwelt ist einem wachsenden Druck ausgesetzt. Von außen zwingt die immer schneller werdende Globalisierung sie dazu, ihre Wirtschaft und Gesellschaft zu öffnen. Im Innern brechen regionale Konflikte auf, die bis vor einigen Jahren, mühselig genug, von ihren Staaten eingehegt werden konnten.

Im Zentrum Afrikas spitzen sich seit Jahren diese Konflikte zu. 40% des kongolesischen Territoriums wird von Rebellen kontrolliert, im Osten unterstützt von Uganda und Ruanda- Einheiten. Experten der VN haben im Oktober 2002 offiziell berichtet über die Gründe. Die Bodenschätze der Congos werden illegal ausgebeutet. Geschäftsleute, Militärs, Regierungsvertreter aus Ruanda, Uganda, Kongo und anderen Staaten hatten sich zu einer internationalen Mafia vereinigt. Gegen 54 Personen werden Reisebeschränkungen empfohlen und gegen 29 Unternehmen finanziellen Sanktionen. Auch Bayer- Tochter H. C. Starck wird Verstoß gegen OECD Leitlinien vorgeworfen.

Bodenschätze sind attraktive Finanzquellen für Rebellen, bieten Mafiosi aus Wirtschaft und Politik und Militär günstige Gelegenheiten Reichtümer in die eigene Tasche zu stecken. Bodenschätze erhöhen den Anreiz für Sezessionisten.

Die Menschen im Zentrum Afrikas sind die Verlierer. Sie leben in Elend, Angst und Not. Die Region der großen Seen hat sich verwandelt in eine Region des Schreckens. Zonen der Rechtlosigkeit weiten sich aus, Ströme von Flüchtlingen versuchen ihr Leben zu retten.

Wie antworten wir auf die Dramatik der laufenden Ereignisse?

Dürfen wir länger zusehen?

Bleiben wir weiter gleichgültig, dann sind wir nicht nur herzlos. Nein, wir schaden uns selbst. Wir schaden unserem Anspruch, dass die Menschenrechte überall zu gelten haben.

Europa muss jetzt handeln, sonst hätten wir aus unseren Erfahrungen nichts gelernt. 1995 schaute ein Kontingent von 400 leicht bewaffneten holländischen Blauhelm- Soldaten hilflos zu, als Serben etwa 7000 Moslems in Srebrenica töteten. Das Versagen der Vereinten Nationen schockierte die Welt damals tief. Heute spielt sich die selbe Tragödie im Nordosten des Kongo ab. Europa hat in den Balkankriegen bittere Erkenntnisse gesammelt. Über das Engagement in Bosnien, das Eingreifen im Kosovo bis hin zur EU-Mission in Mazedonien haben wir Europäer gelernt, wie wichtig es ist, selbst für Sicherheit und Stabilität in der eigenen Region, auf dem eigenen Kontinent sorgen zu können. Der Grundstein für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wurde in den Auseinandersetzungen um das Kosovo gelegt. Und seitdem haben wir Fortschritte gemacht; eine EU- Eingreiftruppe wird aufgebaut und mit der NATO verzahnt, der Europäische Konvent wird demnächst Beschlüsse treffen, die zur Einrichtung eines europäischen Außenministers führen - Europa hat seine Lektion in dieser Beziehung gelernt. Dennoch haben uns die Ereignisse um den Irak- Krieg gezeigt, wie schwierig es ist, uns europäisch zu einigen, wenn es um Fragen von Krieg und Frieden geht. Die Situation im Kongo erfordert es jedoch, den alten Streit zurückzustellen, Verantwortung als Europäer zu übernehmen und eine weitere humanitäre Katastrophe auf unserem Nachbarkontinent zu verhindern.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in seiner Resolution 1484 vom 30.05.2003 die Voraussetzungen gelegt, bis zu einer Aufstockung der MONUC-Mission im September 2003 eine robuste Interimstruppe in Bunia, im Nordosten des Kongos zu stationieren, die in enger Zusammenarbeit mit MONUC zur Stabilisierung und Verbesserung der Sicherheit sowie zur Verbesserung der humanitären Lage in Bunia beitragen soll. Die Aufgabe dieser Mission ist es, die Zeit bis zu einer Aufstockung der MONUC- Truppen zu überbrücken und das gegenwärtige Sicherheitsvakuum zu füllen.. Wir haben die Initiative Frankreichs im VN- Sicherheitsrat unterstützt, eine Interims-Eingreiftruppe für Sicherungsaufgaben in Bunia nach Kap. 7 der UN- Charta vorzusehen, die darauf zielt, mit Zustimmung der kongolesischen Regierung und der Nachbarstaaten in einem Interimseinsatz Massaker an der Zivilbevölkerung in dieser Region zu stoppen und zu verhindern. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee der EU hat am Mittwoch dieser Woche beschlossen, diese „Operation Artemis“ als Krisenmanagement- Einsatz im Rahmen der ESVP durchzuführen. Die SPD- Fraktion begrüßt diesen Beschluss sowie die Bereitschaft der Bundesregierung, MedEvac- Flugzeuge, Transportkapazitäten, Logistik für diesen Einsatz zur Verfügung zu stellen.

In dieser Situation kann eine Peacekeeping- Mission nur versagen; eine robuste VN- Mission ist die einzig mögliche Antwort auf die Situation. Darüber hinaus müssen die Staaten Afrikas, Europas und die USA aber auch ihren Druck auf die Regierungen in Kongo- Kinshasa, Uganda und Ruanda erhöhen, um die Friedensverträge von Pretoria umzusetzen und die Unterstützung für die einheimischen Milizen zu stoppen.

Wichtig ist, dass Afrika den Willen und die Kraft zeigt, selbst Führungsverantwortung zu übernehmen. Der Sondergipfel der Afrikanischen Union im Februar 2002 hat eindrucksvoll gezeigt, dass Afrika für seine Zukunft auf regionale Eigenverantwortung und weltweit geltendes Recht setzt. In diesem Zusammenhang ist das Interventionsrecht der Afrikanischen Union bei Kriegsverbrechen, in Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ihre Bereitstellung zur Herstellung von Frieden und

Stabilität in einem Mitgliedstaat, dessen legitime Ordnung ernsthaft bedroht ist, zu begrüßen. Allerdings müssen die eingegangenen Verpflichtungen auch in politisches Handeln umgesetzt werden. Dies gilt auch für die NEPAD- Initiative für eine neue Entwicklungspartnerschaft mit Afrika. Sie ist eine Bekenntnis der wichtigsten afrikanischen Politiker zu diesen Zielen und öffnet den Weg zu guter Regierungsführung sowie eigenverantwortlichem und rechtstaatlichem Handeln. Ohne sie wäre der Afrika- Aktionsplan der G8 nicht möglich gewesen, aber auch für sie gilt: den Worten müssen Taten folgen. Allerdings gibt es auch ermutigende Beispiele: So sind die Abkommen von Pretoria unter maßgeblicher Beteiligung der südafrikanischen Regierung ausgehandelt worden. Die Afrikanische Union ernannte im Februar 2002 den ehemaligen gabunischen Außenminister Martin Bongo zum Sonderbeauftragten für die DR Kongo; seit Juni 2002 arbeitet der Senegalese Niasse als Sondergesandter des VN- Generalsekretärs für den kongolesischen Versöhnungsdialog.

Kürzere Ziele sind: wir wollen weitere Massaker in Bunia verhindern. Wir wollen die Internationalen Organisationen und NROs schützen wir wollen den politischen Prozess der inneren Stabilisierung in der DR Kongo stützen. Wir wollen die territoriale Integrität der DR Kongo erhalten.

Afrika hat größere Probleme zu bewältigen als andere Kontinente. Daraus erwächst eine besondere Verantwortung zunächst für die Afrikaner selbst.

Aber auch wir Europäer tragen eine Verantwortung. Wir müssen Regierungen und Zivilgesellschaften dabei unterstützen, Konflikte friedlich zu bearbeiten, Armut zu bekämpfen, Not zu lindern. Deutschland kann unbefangener helfen als mancher anderer. Wir denken nicht in Einflusszonen. Wir sehen Afrika als Ganzes, sehen Afrikas kulturelle Potentiale, wissenschaftliche Fähigkeiten, wirtschaftliche Möglichkeiten. Die deutsche Bundesregierung war es, die 1999 die Entschuldungsinitiative ins Leben gerufen hat. 19 der ärmsten afrikanischen Ländern haben die Initiative nutzen können. Oft erdrücken Staatsschulden das, was den Menschen helfen wird, sich aus der Unterdrückung zu befreien. Die tief greifende Reform der afrikanischen Staatenwelt steht an. Die Welle der Demokratisierung hat viele afrikanische Gesellschaften erfasst. Gutes Regierungshandeln wird überall gefordert. Zivilgesellschaftliche Gruppen verlangen danach, beteiligt zu werden. Der demokratische Wandel beschleunigt sich, in Mali und in Mosambik, in Ghana und in Kenia.

Das sind Zeichen der Hoffnung, von Afrikanern selbst geschaffen. Auf ein Zeichen der Hoffnung warten Millionen von Menschen im Nordosten Kongos. Sie warten auf uns.

Gert Weisskirchen

Veröffentlicht am 06.06.2003